

schen armen und reichen Ländern die Aufgabe zu vermitteln. Es dürfe nicht zwei Arten von Menschenrechten geben: wenn die Industrienationen sich das Recht nähmen, in den armen Ländern militärisch, politisch und ökonomisch einzugreifen, müßten sie auch zulassen, daß bei ihnen selbst eingegriffen werde, um die internationalen Organisationen und Strukturen (UNO, Weltbank, Welthandelsbedingungen etc.) im Interesse der armen Länder zu demokratisieren. Metz richtete zugleich einen Aufruf an die Menschen in Europa und in Lateinamerika, über die kleinen Lösungen die großen Notwendigkeiten nicht zu vergessen. L.W.

Die aufhaltsame Rückkehr der Geister der Vergangenheit

Polen drei Jahre nach dem „Runden Tisch“

Seit einigen Wochen hat Polen wieder eine handlungsfähige Regierung unter einer neuen Ministerpräsidentin, der Juristin Hanna Suchocka. Die Regierung kann sich auf eine große Koalition von „Solidarność“-Nachfolgeparteien von der liberalen „Demokratischen Union“ bis zu der dem Episkopat nahestehenden „Christlich-Nationalen Vereinigung“ stützen. Die entscheidende Frage für den weiteren Weg Polens wird sein, ob es gelingt, die nach der Systemwende von 1989/90 angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten und geistiger Desorientierung erstarkten national-konservativen Kräfte zu „verwestlichen“, sie also in eine liberal-pluralistische Zivilgesellschaft einzubinden und damit die junge polnische Demokratie zu stabilisieren.

Ein zeitgeschichtlicher Rückblick ist dem Verständnis für scheinbar rätselhafte Windungen der Innenpolitik von Deutschlands neuen demokratischen Nachbarn immer förderlich.

Wie konnte es geschehen, daß die nunmehr demokratische Tschechoslowakei gerade jetzt auseinanderbrechen droht, ihr in aller Welt hoch angesehener Dichter-Präsident im eigenen Land keine parlamentarische Mehrheit für die Wiederwahl hinter sich bringt? Ohne Kenntnis der Geschichte der Tschechoslowakei seit 1918, der böhmischen Länder und der Slowakei bliebe nur Kopfschütteln. Wie ist zu erklären, daß in Polen in den vergangenen Monaten die innenpolitische Auseinandersetzung einer sich zunehmend in Bunkermentalität flüchtenden national-konservativ dominierten Regierung mit ihren selbstgewählten „Feinden“ von einer ideologischen Verbissenheit getragen wurde, die man nur noch als bizarr bezeichnen konnte, die schließlich aber das demokratische System diskreditierte? Ohne einen Blick auf nationale Traditionslinien und Identitätsprobleme, ohne eine kurze Revue der Geschichte der Demokratiebewegung der achtziger Jahre ist die Polemik zwischen „Europäern“ und „Traditionalisten“ schwer verständlich.

Als Polen nach dem Zweiten Weltkrieg als unabhängiger Staat wiedererstand, war der Traum der Nationaldemokraten von einem *ethnisch homogenen Polen* und einer

territorialen Westverschiebung auf Kosten Deutschlands Wirklichkeit geworden. Erkauft war der neue polnische Nationalstaat mit der Einführung des stalinistischen Systems und der Ausschaltung der bürgerlichen Kräfte. Die Kommunisten konnten für sich mit einem gewissen Recht beanspruchen, das Erbe der Nationaldemokraten angetreten zu haben.

National egozentrische Optionen bekommen Zulauf

Die nationale Saturiertheit Polens seit 1945 hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Selbstbefreiung der Nation nicht in erster Linie mit nationalen Fragen befrachtet war. Der Demokratisierungsprozeß entzündete sich nicht an ungelösten nationalen oder Minderheitenproblemen, wie es in Rumänien, Bulgarien, in der Tschechoslowakei, in der Sowjetunion und in Jugoslawien der Fall war. Die einflußreichen Oppositionsgruppen und Persönlichkeiten, die zu den Trägern der *Demokratiebewegung* wurden, kamen nicht aus dem traditionellen nationalen Lager und agierten nicht primär mit nationalen Parolen. Ihre Grundgedanken waren sozial und politisch emanzipatorisch, gradualistisch und konkret ausgerichtet. Die Bewegungen, die mit betont patriotischen Programmen auftraten, hatten bis zur Vollendung des friedlichen Systemwechsels keinen großen politischen Einfluß. Auch die *katholische Kirche* wurde zu einem Schutzschirm für die auf einen evolutionären Systemwechsel hinzielenden Gruppierungen der Mitte und der linken Mitte.

Das Selbstverständnis und die übernommene Rolle machten die späteren Politiker der ersten postkommunistischen Generation zu den natürlichen Kontrahenten und Partnern bei der Aushandlung der Konditionen des Systemwechsels (Runder Tisch). Die Vorherrschaft der christdemokratisch-liberal-sozialdemokratischen Orientierungen im historischen Augenblick des Systemwandels 1980/81 und im Systemwechsel 1989/90 begründete das weitverbreitete Mißverständnis von der Existenz einer polnischen „Zivilgesellschaft“. Kurzzeitig schien die

nationale Satisfaktion, die von den patriotischen und nationalistischen Gruppen über eine kompromißlose Strategie gesucht wurde, mit dem demokratischen und marktwirtschaftlichen Versprechen gelungen. Es wurde jedoch rasch sichtbar, daß die Prädominanz der „linken“ und zentristischen „Solidarność“-Elite in der neu entstehenden politischen Landschaft Polens nur vorübergehend sein konnte.

Mit der Herstellung des polnischen Nationalstaats 1945 waren die nationalen Komplexe offensichtlich noch nicht bewältigt oder überwunden. Im Gegenteil bekommen mit wachsenden sozialen Spannungen und in der unmittelbaren Konfrontation mit der westlichen Zivilisation und den modernen supranationalen Integrationskonzepten *national egozentrische Optionen* neuen Zulauf. Entgegen in Westeuropa weitverbreiteter Hoffnungen und Erwartungen überwinterte in Polen das nationalpatriotische Spektrum, das seine Stunde nach dem Erfolg der gemäßigten „Solidarność“-Demokraten schlagen sah.

Die Attraktivität und die Integrationswirkung von Schlagworten wie „Demokratie“ und „Marktwirtschaft“ haben stark nachgelassen. Die Zeit arbeitet für populistische Vereinfacher und Demagogen. Die Deklassierten, insbesondere das Millionenheer der einst privilegierten Industriearbeiter, werden anfällig für eine eigenartige Mischung aus rechtem und linkem Radikalismus, die *Václav Havel* einmal als einen gefährlichen Nationalsozialismus bezeichnete.

Die Entfremdung zwischen der neuen politischen Elite, die aus der „Solidarność“ hervorgegangen ist, und breiten Schichten der Gesellschaft, die an das „Wir“ und „Sie“ aus kommunistischen Zeiten erinnert, hat Polens Innenpolitik im ganzen Jahr 1991 mit zunehmender Dramatik beschäftigt, die Losungen der Parteien im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen im Oktober 1991 bestimmt und schließlich die niedrige Wahlbeteiligung von 42 Prozent und das Wahlergebnis geprägt (vgl. HK, Dezember 1991, 553 ff.). Die liberalen und zentristischen Kräfte der beiden ersten demokratischen Regierungschefs *Mazowiecki* und *Bielecki* wurden auf die Oppositionsbänke verwiesen.

Die „Rückkehr nach Europa“ wird als Bedrohung empfunden

Die katholische Kirche, die unter dem Kommunismus zu einem Schutzschirm für die demokratische Opposition geworden war, besinnt sich in der postkommunistischen Epoche auf ihr Selbstverständnis als *wertkonservative Ordnungsmacht* mit einem ungeklärten Verhältnis zur modernen Zivilgesellschaft. In der Abtreibungsproblematik und in der Frage des schulischen Religionsunterrichts vertritt sie einen harten Standpunkt, der von katholisch-patriotischen und nationalistischen Parteien (mit Ausnahme der bisher antiklerikal auftretenden „Konföderation Unabhängiges Polen“ / KPN des *Leszek Moczulski*) im Parlament geteilt wird.

Eine Partei, die das besondere Vertrauen der Kirche genießt, ist die „Christlich-Nationale Vereinigung“ (ZChN). Vor allem die jüngeren Anhänger und Funktionäre der ZChN sind fundamentalistisch-katholisch orientiert, zeichnen sich in der innenpolitischen Auseinandersetzung durch Intoleranz, nationalistische, anti-europäische (im Sinne von EG-Europa) und minderheitenfeindliche Polemik aus. Die ZChN galt in der Mitte-Rechts-Koalition des konservativen Zentrums-Politikers *Jan Olszewski*, die nach den Oktoberwahlen 1991 gebildet worden war, als die einflußreichste Gruppierung, die das ideologische Klima der Regierungspolitik bestimmte. Schließlich wurde bei ihr und bei Premier Olszewski an der Spitze eine polarisierende Freund-Feind-Rhetorik und Kombattantenmentalität so politikbestimmend, daß sich diese Orientierung selbst ins politische Abseits und parlamentarische Ausmanövrierte.

Einen politisch selbstzerstörerischen Mißbrauch unter dem Stichwort „Dekommunisierung“ betrieb die Regierung Olszewski insbesondere mit den hochpolitischen Ministerien für Inneres und Verteidigung. Das Innenministerium war innerhalb weniger Monate unter dem ZChN-Innenminister *Antoni Macierewicz* durch rigorose Kaderpolitik auf ZChN-Kurs gebracht worden. Macierewicz's Berufung hatte Präsident *Lech Wałesa* bei den Koalitionsverhandlungen Ende 1990, die zur Regierung Bielecki geführt hatten, noch verhindern können. Der Versuch der Ideologisierung und parteipolitischen Instrumentalisierung wurde in dem politisch ebenso sensiblen Verteidigungsministerium von unerfahrenen Jungpolitikern und dem aus der KPN hervorgegangenen Vizeverteidigungsminister *Romuald Szeremietiew* fortgeführt.

Nach politischen Erpressungsversuchen mit Stasiakten forderte Staatspräsident Wałesa die Abwahl des Premiers, der seit seiner Wahl im Dezember 1991 keine parlamentarische Mehrheit zusammengebracht hatte. Premier Olszewski hatte der drohenden Abwahl der Regierung durch Erweiterung der konservativ-katholischen Koalition nach rechts zuvorkommen wollen. Seine Verhandlungsführer versuchten an der Monatswende Mai/Juni, die nationalistische KPN durch Erpressung mit Stasiakten in die Regierung zu pressen und den widerborstigen Moczulski durch eine manipulierte Palastrevolution in den eigenen Reihen zu stürzen. Eine überzeugende Mehrheit im Sejm brachte endlich Anfang Juni Ministerpräsident Olszewski und seine Koalition zu Fall.

In der nationalen bis nationalistischen Egozentrik und in dem katholischen Patriotismus der „Rechten“, die in jeder Liberalisierung und Öffnung nach „Europa“ eine Gefahr für Polen sehen und überall Verschwörungen wittern, wird eine Abwehrhaltung gegen die „Verwestlichung“ Polens als einer Folge des Demokratisierungsprozesses sichtbar. Die sozialen und politischen Emanzipationsideen verfügen als Integrationsideologien nicht über die emotionale Bindewirkung wie die älteren nationbezogenen und integralistischen Ideen. Die *geistige Desorientierung* nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung und

die wirtschaftliche Unsicherheit bereiten einen fruchtbaren Boden für Ideologien, die die Nation, ihre Größe, ihre Unabhängigkeit und Exklusivität verherrlichen.

Weitere Herausforderungen für das nationale Selbstbewußtsein und die Definition polnischer Identität sind die Formen der westeuropäischen Wohlstandsgesellschaft, deren Lebensstile, der Werterelativismus und Konsumismus, die für die bisher relativ geschlossenen und somit auch konservierten Gesellschaften des Realsozialismus fremd geblieben waren. Die „Rückkehr nach Europa“ hat somit etwas Bedrohliches an sich.

Kommt es zu einer „Verwestlichung“ der polnischen Rechten?

Zahlreiche Indikatoren weisen darauf hin, daß die Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen eine ganz offene unentschiedene Situation in Polen geschaffen hat. Die Widersprüchlichkeit der Phänomene – die europäische Orientierung und die Angst vor nationalem und kulturellem Identitätsverlust –, die in der historischen Situation Sinn macht, weist eben nicht nur in die Vergangenheit, sie weist auch nach vorne. Und wer sich an den derzeit modischen und auflagensteigernden Katastrophenszenarios für Osteuropa orientiert hat, muß sich mit Blick auf Polen eines Besseren belehren lassen.

Nach der rasch heruntergewirtschafteten Regierung Olszewski bekommt jetzt eine große Koalition der „Solidarność“-Nachfolgeparteien von den sozialdemokratisch orientierten Kräften bis zu den katholischen Fundamentalisten eine Chance, mit der viele Polen neue Hoffnungen auf eine stabilere, berechenbare und professionelle Politik verbinden. Die neue Ministerpräsidentin *Hanna Suchocka* kommt zwar aus der bei konservativen Katholiken als „links“ verschrienen Demokratischen Union von

Tadeusz Mazowiecki. Sie hatte aber in der Abtreibungsdiskussion den kompromißlosen Standpunkt der ZChN eingenommen, was sie für die „rechten“ Parteien aus dem ehemaligen „Solidarność“-Spektrum akzeptabel machte. Die Außenpolitik und die Wirtschaftspolitik werden aber die Handschrift von Politikern aus dem Umfeld der Demokratischen Union und des Liberaldemokratischen Kongresses von *Jan Krzysztof Bielecki* tragen.

Vor allem aber keimt die Hoffnung in Polen, daß unter der selbstbewußten und sachorientierten *Hanna Suchocka*, die ebenso wie der respektierte und seit 1989 in allen postkommunistischen Kabinetten die Außenpolitik leitende *Krzysztof Skubiszewski* aus Posen kommt, sichtbar regiert und entschieden wird und die politischen Grabenkämpfe etwas nachlassen, deren die Bevölkerung so überdrüssig ist. Dabei wird von der Ministerpräsidentin das Kunststück erwartet, das politisch verfeindete und fragmentierte Post-„Solidarność“-Lager zum Nutzen der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung nochmals zusammenzukitten, wobei die christlich-demokratische Zentrumsallianz von *Jarosław Kaczyński* und die Gruppe um den ehemaligen Premier *Olszewski* sich selbst aus dem politischen Spiel herausmanövriert haben.

Der Umstand, daß die „Christlich-Nationale Vereinigung“ wieder in der Koalition vertreten ist, mag zu der Hoffnung berechtigen, daß eine Entideologisierung des „rechten“ Flügels der polnischen Parteienlandschaft nicht aussichtslos ist. Eine Schlüsselfrage für Polens demokratische Entwicklung wird nämlich sein, ob eine „Verwestlichung“ der „Rechten“ und des gesamten wertekonservativen Spektrums, die katholische Kirche eingeschlossen, möglich ist, so wie das konservative Lager in Deutschland nach 1945 „verwestlicht“ wurde und heute im Gegensatz zur Situation in der Weimarer Republik die demokratische Zivilgesellschaft als politische und gesellschaftliche Lebensform akzeptiert.

Dieter Bingen

Abgesang des politischen Katholizismus

Kirche und Staat nach den Wahlen in der ČSFR

46 Prozent der Einwohner der ČSFR gaben bei der ersten Volkszählung nach der Wende „katholisch“ als Konfessionszugehörigkeit an, in Böhmen und Mähren knapp 40, in der Slowakei 60 Prozent. Bei den Parlamentswahlen Anfang Juni spielten kirchlich-konfessionelle Gesichtspunkte allerdings nur eine untergeordnete Rolle; eindeutige kirchliche Wahlempfehlungen erwiesen sich als eher kontraproduktiv. Die Kirche in der vermutlich bald in zwei Staaten getrennten ČSFR ist sich inzwischen stärker bewußt, daß ihr Einfluß begrenzt ist.

Nach den Wahlen am 5. und 6. Juni, der slowakischen Souveränitätserklärung am 18. Juli und dem vorzeitigen

Rücktritt von Staatspräsident *Vačlav Havel* sind in der Tschechoslowakei die Weichen für eine Trennung der beiden Landesteile gestellt. Obwohl Meinungsumfragen sowohl in Böhmen und Mähren als auch in der Slowakei jeweils klare Mehrheiten für ein Verbleiben in einem gemeinsamen Staatsverband ergeben hatten, erweist sich die Politik teils nicht fähig, teils nicht willens, diesem klaren Wunsch der Bürger Rechnung zu tragen und ihn zugleich mit der notwendigen Neuordnung des Staatswesens zu verbinden. Der immer stärker aufkommende Nationalismus vor allem in der Slowakei wurde in wenig verantwortungsvoller Weise von Politikern instrumentalisiert, die in ihm – wie sich zeigte: zu Recht – das geeig-